

Ressort: Lokales

Hamburg und Bremen für Erweiterung "sicherer Herkunftsstaaten"

Hamburg, 19.08.2015, 16:14 Uhr

GDN - Die von SPD und Grünen regierten Hansestädte Hamburg und Bremen zeigen sich offen, die Balkanstaaten Albanien, das Kosovo und Montenegro als "sichere Herkunftsstaaten" zu definieren, um den Flüchtlingsstrom aus den Ländern zu stoppen. "Nachdem bereits ein Teil der Staaten des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer eingestuft sind, ist es vernünftig, darüber nachzudenken, auch die übrigen Länder genauso einzustufen", sagte Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe).

Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) sagte: "Da auch für sichere Herkunftsländer das Asylrecht im Kern gewahrt bleibt, bin ich offen für die Diskussion über weitere Länder." Es sei wichtig, "alle Kräfte auf die von Krieg und Vertreibung betroffenen Menschen" zu konzentrieren. Es solle zügig festgestellt werden, welche Wirkung die Einstufung habe. Die unionsregierten Bundesländer und das von den Grünen regierte Baden-Württemberg sind bereit, nach Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina weitere Staaten als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Für eine Mehrheit im Bundesrat müssen aber noch weitere Bundesländer zustimmen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-59142/hamburg-und-bremen-fuer-erweiterung-sicherer-herkunftsstaaten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619